

ARGUMENTATIONSHILFE

Vermögensteuer

DIE LINKE.

THEMA

VERMÖGENSTEUER

Reichtum und Armut in Deutschland nehmen zu. Die reichsten zehn Prozent besitzen weit mehr als die Hälfte des gesellschaftlichen Reichtums, das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35 Prozent des Vermögens auf sich und allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung – zusammen!

Trotzdem ist die Vermögensteuer in Deutschland seit über 20 Jahren ausgesetzt. Wir wollen das ändern. Hohe Vermögen müssen stärker besteuert werden, starke Schultern mehr tragen. Es ist genug für alle da, es muss nur richtig verteilt werden. Wir finanzieren mit den Einnahmen Investitionen in eine gute öffentliche Versorgung und einen Sozialstaat, der alle Menschen sicher vor Armut schützt. Und wir werden Arbeitsplätze schaffen und die ökologische Wende in der Wirtschaft schaffen.

Auf Vermögen ab einer Million Euro wird eine progressive Steuer erhoben. Diese Steuer beginnt bei 1 Prozent und schlägt bei Vermögen von über 50 Millionen mit 5 Prozent zu Buche. Die erste Million ist ebenso freigestellt wie Betriebsvermögen bis fünf Millionen. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen »versteckt« wird und dass Betriebsvermögen in ausländischem Eigentum ebenso besteuert wird wie inländische Eigentümer. Eine solche Vermögensteuer würde ca. 56 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Jahr bringen.

Was sagen die anderen?

Wenig konkretes: Die **SPD** will die Vermögensteuer mit 1 Prozent für »sehr hohe Vermögen« wieder einführen, legt aber nicht fest, was »sehr hohe Vermögen« sind. **Die Grünen** wollen eine Vermögensteuer auf Vermögen über 2 Millionen Euro in Höhe von 1 Prozent. **CDU** und **FDP** sind gegen die Vermögensteuer und auch die **AfD** will sie nicht – und gleich noch Erbschafts- und Schenkungssteuer abschaffen.

LINKE Gegenargumente

Die Forderungen der Grünen gehen nicht weit genug und die Aussagen der SPD sind bewusst vage gehalten. CDU, FDP und AfD machen klar, für wen sie Politik machen: Die Reichen. DIE LINKE macht Politik für die Mehrheit. Die Vermögensteuer ist im Grundgesetz vorgesehen, sie wurde 1997 ausgesetzt, weil Immobilienvermögen nicht korrekt einbezogen waren. Eine verbesserte Fassung – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – wurde von den Bundesregierungen nie erarbeitet. Die Vermögensteuer stünde den Bundesländern zur Verfügung, die damit Investitionen in Bildung, Gesundheit, Verkehr tätigen könnten. Durch die Freistellung von betriebsnotwendigem Vermögen kann verhindert werden, dass kleine Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet werden.